

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Katja Keul, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Kai Gehring, Uwe Kekeritz, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Ottmar von Holtz und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 2018 in Brüssel und zum NATO-Gipfel am 11./12. Juli 2018 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Beim NATO-Gipfel am 11. und 12. Juli 2018 in Brüssel gilt es, sich auf die Kernkompetenzen des Bündnisses zu konzentrieren, statt eine Überdehnung voranzutreiben.

Zum Gipfel hat die Bundesregierung erklärt, dass sie die Verteidigungsausgaben bis 2025 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) anheben will. Das bedeutet eine Steigerung von 37 Milliarden Euro (2017) auf ca. 55 Milliarden. Längerfristig hält die Bundeskanzlerin auch eine weitere Steigerung auf 2 Prozent des BIP für denkbar (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verteidigungsetat-1-5-statt-zwei-prozent-vom-bip-von-der-leyen-setzt-sich-eigenes-nato-ausgaben-ziel/22066854.html?ticket=ST-4642412-ZCb2bP9dee6ZWZrAYaRb-ap3). Doch selbst diese 2 Prozent sind für US-Präsident Donald Trump „nicht ausreichend“ (www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/05/25/remarks-president-trump-nato-unveiling-article-5-and-berlin-wall). Statt weitere vergebliche Versuche zu unternehmen, die US-Administration zu besänftigen, sollte die Bundesregierung auf dem NATO-Gipfel in Brüssel Klartext reden: Eine solche Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll – sie ist sogar gefährlich. Sinnvoll war das 2-Prozent-Ziel weder unter der vorherigen, noch der aktuellen US-Administration. Die 2-Prozent-Diskussion lenkt von den eigentlich wichtigen Fragen über die konkrete Ausrichtung und Ausgestaltung des Bündnisses ab. Die Gipfelerklärung von Wales sah auch nie die Erreichung des Zieles bis 2024 vor, sondern das Bemühen um Schritte in diese Richtung und vor allem hin zur Erfüllung zugesagter Fähigkeitsziele.

Tatsächlich geben die europäischen NATO-Mitglieder alleine bereits mehr als dreimal so viel für Verteidigung aus wie Russland, die NATO insgesamt sogar mehr als vierzehnmals so viel (www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2018_03/20180315_SG_AnnualReport_en.pdf und www.sipri.org/sites/default/files/2018-05/sipri_fs_1805_milex_2017.pdf). Gerade vor diesem Hintergrund ist eine Fähigkeitslücke quantitativ nicht belegbar. An Mitteln, die in der NATO für die Verteidigung ausgegeben werden, besteht grundsätzlich kein Mangel. Die Gelder verteilen sich jedoch ungleich

auf die Mitgliedstaaten und werden primär auf Basis nationaler Verteidigungsplanungen ausgegeben. Dies führt zu qualitativen Defiziten. Die Mitgliedstaaten müssen zwingend Schritte unternehmen, um die Mittel, die zur Verfügung stehen gemeinsam effektiver einzusetzen. Dies würde auch eine Perspektive zur Reduktion unnötiger Dopplungen von Waffen und Material eröffnen.

Russland hat mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Vorgehen in der Ost-Ukraine zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur offen in Frage gestellt. Das ist inakzeptabel. Deshalb können die Sanktionen der Europäischen Union (EU) auch erst nach der vollständigen Umsetzung der Minsker-Vereinbarungen und der Rückgabe der Krim aufgehoben werden. Aber gerade dieser Konflikt ist „militärisch [...] nicht zu lösen“ (Angela Merkel, www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/02/2015-02-07-merkel-sicherheitskonferenz.html).

Die NATO-Mitglieder haben auf das Vorgehen Russlands auf der Krim und in der Ost-Ukraine mit einer Rückbesinnung auf konventionelle Bündnisverteidigung reagiert. Fähigkeiten und Strukturen hierfür waren in der Vergangenheit abgebaut worden, was nun die überzogene Rüstung symmetrischer Fähigkeiten nach sich zieht. Es ist nicht geboten, NATO-Streitkräfte auf das Niveau der Kalten-Kriegs-Armeen hochzurüsten. Es herrscht kein neuer kalter Krieg. Eine überbordende Aufrüstung ist daher die falsche Antwort auf die aktuellen Herausforderungen und befördert einen gefährlichen Rüstungswettlauf, den es zu stoppen gilt.

Wir nehmen die Bedrohungsperzeption der östlichen NATO-Mitgliedstaaten sehr ernst. Dazu gehört, dass wir ihnen mit unseren Streitkräften zur Seite stehen, durch geeignete Rückversicherungsmaßnahmen, wie das Air Policing im Baltikum, die rotierende Präsenz der NATO in Osteuropa und eine Verbesserung der Reaktionszeiten der NATO im Bündnisfall. Neben geeigneten Maßnahmen zur Rückversicherung und Abschreckung müssen deshalb weitere Anstrengungen zur Rüstungskontrolle in Europa unternommen werden. Daher begrüßt der Bundestag alle Anstrengung im Rahmen der OSZE, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa wieder zu beleben. Wir wissen aber auch, dass solange Russland sein Militär immer unverhohlener aufrüstet und unangekündigte Manöver durchführt, während die Raketenabwehr in Osteuropa sich inzwischen erklärtermaßen gegen Russland richtet, neue Hürden für solche Abrüstungsinitiativen entstehen.

Gleichzeitig ist jedoch klar, dass es Sicherheit in Europa nur mit und nicht gegen Russland geben kann. Dies setzt voraus, dass alle Seiten Kooperations- und Dialogbereitschaft an den Tag legen und dies mit vertrauensbildenden Maßnahmen unterstreichen.

In der östlichen und vor allem südlichen Nachbarschaft Europas sieht sich die NATO zudem asymmetrischen Bedrohungen gegenüber. Dagegen rüstet die NATO immer weiter symmetrisch auf. Doch immer mehr Panzer bringen nicht mehr Sicherheit. Dabei ist zu bedenken, dass auch neue Herausforderungen wie Staatszerfall und transnationaler Terrorismus nachhaltig nur mit zivilen und zivil-militärischen Maßnahmen gelöst werden können, für die andere Organisationen, wie z. B. die Vereinten Nationen und die EU, besser als die NATO geeignet sind.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat für den Gipfel in Brüssel „neue Entscheidungen“ im Hinblick auf die Nuklearstrategie angekündigt. Die Mitglieder müssten „[ihre] Verteidigungsbereitschaft und [ihre] Fähigkeiten weiter verbessern“ als Antwort darauf, dass Moskau, seiner Ansicht nach, „die Schwelle für den Einsatz von Nuklearwaffen“ senke (www.welt.de/politik/ausland/plus174660365/Nato-Generalsekretar-Jens-Stoltenberg-Russland-wird-immer-unberechenbarer.html). Doch das ist der falsche Ansatz. Das vermeintliche Gleichgewicht des Schreckens dient nur als Vorwand zur weiteren Aufrüstung und erhöht damit die Eskalationsgefahr. Gerade angespannte Zeiten wie diese erfordern neue Abrüstungsinitiativen. Russland ist unser Nachbar. Um zu einer besseren Nachbarschaft zu kommen, bedarf es der Klarheit der

Worte und der Handlungen – bei gleichzeitiger Bereitschaft zum Dialog und zur Kooperation.

Beim kommenden Gipfel muss die NATO zugleich ihre Herausforderungen im Inneren der Allianz angehen. Der NATO-Partner Türkei verhindert mit seiner völkerrechtswidrigen Offensive in Nordsyrien sowie Interventionen im Nordirak und anderen Gebieten im irakischen Territorium eine effektive Bekämpfung von ISIS und trägt zur Eskalation der Gewalt in Syrien und zum Leid der Zivilbevölkerung bei. Die NATO darf bei völkerrechtswidrigen Angriffskriegen eines ihrer Mitglieder nicht schweigend wegsehen. Die NATO muss Aufwand und Ertrag etwa von Ausbildungsmissionen in ein vernünftiges Verhältnis bringen.

Die NATO ist ein Bündnis kollektiver Verteidigung. Sie sollte sich auf ihre Kernkompetenz, die Bündnisverteidigung, konzentrieren. Die Bekämpfung von Staatszerfall, Terrorismus und Fluchtursachen wird dagegen häufig in anderen Formaten, mit einem Mandat der Vereinten, etwa durch zivil-militärische Missionen der Europäischen Union erfolgen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. beim NATO-Gipfel in Brüssel auf eine Refokussierung auf die Bündnisverteidigung zu drängen;
2. klar zu kommunizieren, dass sie eine Erhöhung der Verteidigungshaushalte auf 2 Prozent des BIPs ablehnt;
3. sich für konventionelle sowie nukleare Abrüstung einzusetzen, indem sie unter anderem für den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa, eine klare Abkehr von den Modernisierungsplänen und für neue Abrüstungsinitiativen eintritt;
4. sich von US-Präsident Trumps Afghanistan-Strategie zu distanzieren und auf eine Abzugsperspektive für Afghanistan zu drängen;
5. die völkerrechtswidrige Intervention der Türkei in Syrien zu kritisieren und eine offene Diskussion über geeignete Konsequenzen anzustoßen, u. a. darüber welche Folgen dies auch für den Einsatz der AWACS im Rahmen der NATO hat;
6. sich dafür einzusetzen, dass Mitgliedstaaten der NATO keine Waffen an die Konfliktparteien in Krisenregionen liefern, das gilt unter anderem für Lieferungen in die Ukraine, nach Saudi-Arabien und in die übrigen Golfstaaten, aber auch untereinander;
7. sich gegen den Einsatz der NATO in der Ägäis und im Mittelmeer zur Abwehr von Geflüchteten auszusprechen und sich für eine zivile Seenotrettung einzusetzen, die die NATO-Missionen schnellstmöglich ersetzt;
8. sich für häufigere, regelmäßige Treffen des NATO-Russland-Rates und weitere vertrauensbildende Maßnahmen einzusetzen.

Berlin, den 26. Juni 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

